

**NATIONALER AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG VON
RESOLUTION 1325 (2000)
DES SICHERHEITSRATES DER VEREINTEN NATIONEN**

Sechster Umsetzungsbericht

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und hat am 8. August 2007 den ersten nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan ist.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der VertreterInnen aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende sechste Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. November 2013 bis 31. Oktober 2014. Er schließt an den fünften Umsetzungsbericht an, der am 1. April 2014 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten Nationalen Aktionsplans bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

BMEIA:

- Das BMEIA koordinierte die aus VertreterInnen des BMEIA, des Bundesministeriums für Bildung und Frauen (BMBF), des Bundesministeriums für Inneres (BM.I), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und der ADA bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft.
- Der am 1. April 2014 vom Ministerrat angenommene fünfte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BMBF veröffentlicht.
- Der fünfte Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Das BMEIA veröffentlichte im Berichtszeitraum 5 Presseaussendungen mit inhaltlichem Bezug zu Resolution 1325 (siehe Anhang 1).
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des 5. Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem Kontakt mit den VertreterInnen der Zivilgesellschaft und war darum bemüht, den Anliegen so weit als möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

BMEIA:

- Eine vom BMEIA entsandte Junior Professional Officer (JPO) war von Jänner 2012 bis Jänner 2014 im Büro der Exekutivdirektorin von UN WOMEN in New York tätig; zwei Einsatzjahre: EUR 230.000.
- Österreich hat die Richterin Dr. Lilian Hofmeister für das VN-ExpertInnenkomitee zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) nominiert und ihre Kandidatur aktiv unterstützt. Bei der Wahl am 26. Juni 2014 in New York wurde Dr.ⁱⁿ Hofmeister bereits im ersten Wahlgang erfolgreich für eine Periode von vier Jahren in das Komitee gewählt (Beginn der Mitgliedschaft mit 1. Jänner 2015).
- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 72 Personen, davon 17 Frauen (23,6%), für EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Von diesen nominierten ÖsterreicherInnen hat die EU insgesamt 44 Personen tatsächlich auf eine der 14 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt, davon 11 Frauen (25%).

- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 29 Personen, davon 13 Frauen (44,8%), für OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Alle nominierten ÖsterreicherInnen hat ODIHR tatsächlich auf eine der 6 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt.
- Österreich tritt für einen höheren Frauenanteil bei OSZE-Leitungsfunktionen im OSZE-Sekretariat, den Institutionen der Organisation sowie in den Feldpräsenzen ein. Derzeit sind 9 von 21 der von Österreich sekundierten Personen in OSZE-Feldpräsenzen weiblich (42,8%).
- Im Sekretariat der OSZE in Wien arbeiten derzeit 14 ÖsterreicherInnen, davon 6 Frauen. Am Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau sind drei Frauen angestellt, bei der OSZE-Beauftragten für die Medienfreiheit (RFOM) eine Frau.
- Die Entsendung eines Angehörigen des BMEIA zu EULEX-Kosovo als Chief of Staff wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt.

BM.I:

- Mit Stand 1. November 2014 waren insgesamt 14 Personen, davon 1 Polizistin im internationalen Einsatz (7,14%). Im Zeitraum Anfang November 2013 bis Ende Oktober 2014 waren insgesamt 35 PolizistInnen, davon 3 Frauen (8,57%), in fünf verschiedenen Krisenmanagement-Einsätzen der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen eingesetzt. Im Vergleich zum 5. Umsetzungsbericht konnte der Frauenanteil damit um 2,32% erhöht werden. Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgte weiterhin zur Gänze durch die Europäische Union bzw. die Vereinten Nationen. Dies bedeutet in der Praxis, dass sich die PolizistInnen im Wege des BM.I bei der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen um eine Position in der jeweiligen Mission bewerben.
- Bei der EUPOL-Afghanistan-Mission wurde im Beobachtungszeitraum eine österreichische Polizistin als Beraterin im Ausbildungsbereich der afghanischen Polizei eingesetzt. Ihr Aufgabenbereich umfasste die Entwicklung und Verbesserung von Managementfähigkeiten der afghanischen Führungskräfte, eine professionelle Mitarbeiterführung und Motivation sowie die Schulung unterschiedlicher Entscheidungsprozesse im Führungsbereich der afghanischen Polizei. Ergänzend dazu war sie mit der Leitung, Koordination und Abhaltung von „Leadership-Kursen auf Führungsebene“ in verschiedenen afghanischen Polizeidienststellen betraut.

BMJ:

- Mit Stand 1. November 2014 waren eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone und eine weitere österreichische Richterin als internationale Richterin des Khmer-Rouge-Tribunals in Kambodscha tätig. Der Frauenanteil beträgt 100%.

BMLVS:

- Mit Stand 1. November 2014 befanden sich von insgesamt 1064 Personen 1040 Männer und 24 Frauen im Auslandseinsatz (2,3%)¹. Im Jahresdurchschnitt befanden sich im Beobachtungszeitraum 25 Frauen und 897 Männer pro Monat im Auslandseinsatz, mit Höchstwerten von bis zu 32 weiblichen Entsendungen. Dies entspricht einem Frauenanteil von 2,8% des entsendeten Personals.
- Im Beobachtungszeitraum wurden folgende Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen durchgeführt. Diese Maßnahmen dienen vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie:
 - die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in sechs Bundesländern an 13 Standorten im Juli und August 2014 mit insgesamt 26 Gruppen, für die 465 Kinder angemeldet und in diesen betreut wurden;
 - die Ausweitung der Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit;
 - die Weiterführung des Projektes zur Schaffung eines kontinuierlichen Kinderbetreuungsangebotes im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) als familienfreundliches Signal an die Bediensteten.
- Darüber hinaus wurden gezielte Rekrutierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt, mit dem Ziel, den Anteil an Soldatinnen im ÖBH langfristig auf 10% zu erhöhen. Zu den Maßnahmen zählen unter anderen;
 - die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Im Beobachtungszeitraum fand der sogenannte „Girls' Day“ sechs Mal statt und 834 interessierte Frauen haben daran teilgenommen;
 - die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer, an denen im Berichtszeitraum 48 interessierte Frauen teilnahmen, sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservices (AMS), an denen im Jahr 2013 56 Frauen und im Beobachtungszeitraum 8 Frauen teilnahmen.
 - Gezielte Karriereförderung von Frauen im ÖBH, wie beispielsweise die Förderung von Frauen bei der Vergabe von Führungs- und Managementfunktionen, sowie die Etablierung eines Mentoring Programms für neu eintretende Soldatinnen, in dem erfahrene Soldatinnen für eine oder mehrere Soldatinnen als Mentor bestellt werden. Bis zum Beobachtungszeitraum wurden 32 Soldatinnen als Mentorinnen ausgebildet und bestellt.

¹ Eine Erhöhung des Frauenanteils, v.a. auch in Führungspositionen, ist zunächst unter Berücksichtigung der Personalstruktur des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) zu beurteilen. Mit Stand 1. November 2014 leisteten 15.116 Männer und 390 Frauen freiwillig Dienst beim ÖBH. Grundwehrdienst wird derzeit von 11.297 Männern (Stand: 1. November 2014) abgeleistet; diese können ebenfalls nach Abgabe einer Freiwilligenmeldung einen Auslandseinsatzpräsenzdienst leisten. Bei Auslandseinsätzen besteht Freiwilligkeitserfordernis. Die Personalauswahl kann daher nur auf Grund von freiwilligen Meldungen (und Beurteilung der geforderten Entsende- und Ausbildungsvoraussetzungen) erfolgen.

- Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. An den Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie haben 200 weibliche Offiziere und 38 weibliche Unteroffiziere teilgenommen.
- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLVS Gender Field Advisor als Beraterinnen des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit 2015 wird der Gender Field Advisor erneut durch das BMLVS entsandt. Für die Friedensmission im Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion eine Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Anliegen - insbesondere jener von Frauen - in der Region gewährleistet.

1.3. Training/Code of Conduct

BMEIA:

- Ein Seminar über Gender/internationale Frauenfragen ist Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für MitarbeiterInnen des höheren sowie des gehobenen Auswärtigen Dienstes. Im Rahmen dieses Seminars werden schwerpunktmäßig die Zielsetzungen von Resolution 1325 und der Nachfolgeresolutionen behandelt. Im Berichtszeitraum fand eine derartige Ausbildungsveranstaltung im Jänner 2014 für die nach dem Ende eines längeren Aufnahmestopps neu aufgenommenen MitarbeiterInnen sowie weitere interessierte MitarbeiterInnen des BMEIA statt. Insgesamt nahmen 26 Personen, davon 16 Frauen (61,5%), an der Ausbildungsveranstaltung teil.
- Da die nächsten Neuaufnahmen in den höheren auswärtigen Dienst ab dem zweiten Halbjahr 2015 stattfinden, steht eine weitere Ausbildungsveranstaltung zum Themenbereich Gender/Internationale Frauenfragen für das erste Halbjahr 2016 auf dem Ausbildungsplan.
- In die seit 2011 laufenden und vom BMEIA finanzierten Schulungen für Frauenbeauftragte von Moscheevereinen in Österreich wurde im Beobachtungszeitraum erstmals ein Deradikalisierungsmodul eingebaut, das auf die besondere Rolle von Frauen in der Prävention von extremistischer Gewalt einging. Diese Schulungen werden von der Task Force „Dialog der Kulturen“ im BMEIA in Zusammenarbeit mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich organisiert. Im Zeitraum zwischen 2011 und 2014 fanden vier jeweils einwöchige Schulungen statt, an denen insgesamt 118 Frauenbeauftragte (Frauenanteil: 100%) teilnahmen. Zusätzlich wurden bei der 3. und 4. Schulung zwei- bis dreitägige Vertiefungskurse für Teilnehmerinnen aus den Vorjahren angeboten.

BM.I:

- Die Resolution 1325 fließt im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionspezifischen Ausbildung (unmittelbare Vorbereitung von PolizistInnen für eine bestimmte Mission) wird wiederholt auf die Bedeutung von Resolution 1325 eingegangen. Die Ausbildungsinhalte reichen von einer theoretischen Einführung über „gender, gender mainstreaming and equality“ bis hin zu „gender issues in conflict“.
- Eine österreichische Polizistin, die zur EUPOL-Afghanistan-Mission entsandt wurde, nahm im Beobachtungszeitraum im Vorfeld dieses Einsatzes an einer Ausbildungsveranstaltung mit dem Schwerpunkt „A comprehensive approach to gender in operations“ in Madrid teil.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BM.I durch Entsendung von PolizistInnen beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische PolizistInnen verletzt.

BMLVS:

- Seit dem Jahr 2010 werden vom Swedish Armed Forces International Training Centre (SWEDINT) Gender Field Advisor (GFA) Kurse für internationale TeilnehmerInnen durchgeführt. Durch ein bilaterales Kooperationsprojekt wurde 2011 ebenso ein dementsprechendes Ausbildungsprogramm des European Security and Defence College (ESDC) ins Leben gerufen². Die nachfolgende Entsendung von hierdurch qualifizierten GFA ermöglicht die Umsetzung einer diversitätsgerechten und insbesondere geschlechterspezifischen Herangehensweise in internationalen Friedenseinsätzen. 11 Bedienstete des BMLVS, davon 6 Frauen (55%) wurden bis Stichtag 1. November 2014 bereits zu GFA ausgebildet und stehen für die Entsendung in internationale Einsätze zur Verfügung. Die Ausbildung weiterer Bediensteter des BMLVS zu GFA sowie zu TrainerInnen im Bereich Gender war im Beobachtungszeitraum in Vorbereitung.
- Unter Einbindung von internationalen Gender-ExpertInnen wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspective in militärischen Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLVS entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 ebenenadäquat in die unterschiedlichen Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für SoldatInnen und zivile MitarbeiterInnen integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gendermainstreaming Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt.
- Das im Jahr 2012 vom BMLVS in Kooperation mit dem BMEIA, dem BMI und dem BKA entwickelte interdisziplinäre Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten wurde im November 2013 zum zweiten Mal im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining abgehalten. Im Rahmen dieses Kurses wurden insgesamt 44 nationale und internationale TeilnehmerInnen, davon 13 Frauen (29,5%) ausgebildet. Ein Ausbildungsteil des mittlerweile jährlich veranstalteten Kurses widmet

² ESDC Pilot Course: A Comprehensive Approach to Gender in Operations (Bilaterales Kooperationsprojekt initiiert durch Niederlande und Spanien).

sich explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur VN-SR Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.

- Seit 2013 wird seitens BMLVS ein weiteres thematisches Ausbildungsprogramm - ein UN Training of Trainers (ToT) Kurs zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten - im ÖSFK in Stadtschlaining abgehalten, welcher im Mai 2014 zum zweiten Mal stattfand. Auch bei dieser Ausbildungsmaßnahme ist ein Ausbildungsteil explizit den Inhalten und Zielen der Resolution 1325 gewidmet und behandelt unter anderem die Rolle und den Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten, sowie die Null-Toleranz Politik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch bei VN-Friedenseinsätzen. Im Rahmen dieser Kurse wurden 47 internationale TeilnehmerInnen, darunter 10 Frauen (21,3%), zu TrainerInnen im Bereich Schutz von ZivilistInnen ausgebildet.
- Im Österreichischen Bundesheer gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot „Gender Mainstreaming“ zu absolvieren, welches die Ziele und die Umsetzung der Resolution 1325 explizit zum Thema macht. Seit 2007 hat das Seminar sechs Mal stattgefunden und wird weiterhin jährlich angeboten. Insgesamt nahmen an dem Ausbildungsangebot 101 TeilnehmerInnen teil, darunter 14 Frauen (17,1%).
- Die aus der Resolution 1325 erschießbaren Ziele und Absichten werden weiters in bestehenden Lehrveranstaltungen der Unteroffiziers- und Offiziersausbildung thematisiert. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden insbesondere in den Lehrveranstaltungen zum Thema Humanitäres Völkerrecht angesprochen.
- Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen, im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen.
- Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile der Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert.
- In der Ausbildung im Rahmen einer Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der nunmehr ebenenbezogenen UN CPTM3, wie „Code of Conduct“ (Verhaltensregeln), „Child Protection“ (Schutz von Kindern), „Prevention of Sexual Exploitation and Abuse“ (Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch) und „Gender Equality in Peacekeeping“ (Gleichheit/Gleichberechtigung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen) zur Anwendung.
- Das Österreichische Bundesheer verfolgt eine Null-Toleranz-Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen, und vermutete Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen vorliegende Verhaltensstandards und die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellem Missbrauch und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des Österreichischen Bundesheeres vor.

³ „Core Pre-Deployment Training Materials“.

ADA:

- ADA MitarbeiterInnen der Zentrale und der Koordinationsbüros wurden über den überarbeiteten NAP zur Umsetzung von Resolution 1325 sowie über die folgenden Resolutionen informiert. Wenn relevant, wurden bei den Länder- und Regionalprogrammierungen sowie in den Programmen und Projekten die Resolutionen 1325 und Folgeresolutionen berücksichtigt.
- Der ADA Weiterbildungsplan zu „Gender Equality und Women Empowerment“ sieht bewusstseinsbildende Maßnahmen über die Resolution 1325 und die Folgeresolutionen zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ sowie Möglichkeiten zu deren Umsetzung im Rahmen der ADA Arbeitsbereiche vor. Im Berichtszeitraum wurden diese Resolutionen bei Dienstreisen der ADA-Referentinnen für Gender und Entwicklung sowie für Konfliktprävention und Friedenssicherung, insbesondere nach Afrika, mit der ADA-Belegschaft und Partnerorganisationen thematisiert.
- Die Informationsbroschüre FOKUS „Frauen, Männer, bewaffnete Konflikte und Friedensförderung“. Die Umsetzung der VN Resolution 1325 und Folgeresolutionen in der OEZA“ wurde im Hinblick auf die Resolutionen 1820, 1888, 1889, 1960, 2106 und 2122 sowie auf die Projekte und Tätigkeiten der ADA aktualisiert⁴.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten

2.1 Vereinte Nationen

BMEIA:

- Bis zum 31. Dezember 2013 war Österreich Mitglied im Verwaltungsrat von UN Women und setzte sich auch nach Ende seiner Mitgliedschaft als Beobachter im Rahmen der Sitzungen des Verwaltungsrates (Jänner, Juni und September 2014) u.a. für eine starke Berücksichtigung der Thematik „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 und das Empowerment von Frauen in politischen Übergangsprozessen im Rahmen der Tätigkeit von UN Women ein.
- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen im Rahmen der 58. Sitzung der Frauenstatuskommission, die von 10.-21. März 2014 in New York tagte. Als Teil des EU Verhandlungsteams (neben Deutschland, Frankreich, Belgien und Griechenland) konnte Österreich zur erfolgreichen Annahme von starken und umfangreichen „Agreed Conclusions“ zum Hauptthema („Herausforderungen und Errungenschaften bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele für Frauen und Mädchen“) beitragen, die mehrfach auch auf Resolution 1325 und die Nachfolgeresolutionen bzw. die Situation von Frauen in bewaffneten Konflikten und post-Konfliktsituationen Bezug nehmen. Österreich brachte sich auch mit einer nationalen Erklärung in die Generaldebatte ein und organisierte als Vorsitzland des Ministerkomitees des Europarates eine erfolgreiche hochrangige Paneldiskussion zum Thema „Menschenhandel als schwere Form der Gewalt

4 http://www.entwicklung.at/uploads/media/2014_Fokus_Gender_u_Konflikt_02.pdf

gegen Frauen und Mädchen und als Menschenrechtsverletzung: Maßnahmen des Europarates“ unter Beteiligung der stv. Vorsitzenden des Europarates, der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie VertreterInnen der Internationalen Arbeitsorganisation und Human Rights Watch. Österreich beteiligte sich weiters an einem von UNESCO organisierten Side Event zum Thema „Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien: freie und unabhängige Medien als Beitrag zur Geschlechtergleichstellung und dem Empowerment von Frauen und Mädchen“.

- Im Rahmen der Verhandlungen im VN-Spezialausschuss für Friedenserhaltende Operationen (C-34) im Jahr 2014 setzte sich Österreich für einen Verweis auf die Beteiligung von Frauen in Friedenserhaltenden Operationen sowie für die adäquate Verankerung des Gender Mainstreaming durch den VN-Generalsekretär im Zusammenhang mit Friedensbildung und der Kommission für Friedenskonsolidierung ein.
- Österreich ist Mitglied in der vom VN-Dienst für die operative Unterstützung des Feldpersonals gegründeten informellen Gruppierung „Senior Women Talent Pipeline“, die u.a. Frauen bei der Bewerbung um Positionen in Friedenserhaltenden Operationen der VN berät und VN-Mitgliedsstaaten dabei unterstützen, geeignete Bewerber vorzuschlagen. Diese Gruppierung erhält regelmäßig Informationen über den Anteil von Frauen in Führungspositionen bei Friedenserhaltenden Operationen, besonderen politischen und anderen Missionen.
- Österreich beteiligte sich an der Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 25. April 2014, die dem Thema sexuelle Gewalt in Konflikten gewidmet war, und ergriff in seiner Rolle als Mitglied des informellen Netzwerks für menschliche Sicherheit (HSN) das Wort. Österreich beteiligte sich weiters an der Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 28. Oktober 2014, die dem Thema „Displaced Women and Girls: Leaders and Survivors“ gewidmet war, und ergriff diesmal als Vorsitz des HSN das Wort. Österreich nutzte dies u.a. auch für eine Darstellung der Bemühungen Österreichs, die Umsetzung von Resolution 1325 national und international voran zu treiben und forderte darin auch die Erhöhung der Anzahl von Frauen in Polizei- und Militärkontingenten von Friedensoperationen.
- Österreich setzte sich gemeinsam mit anderen VN-Mitgliedstaaten, u.a. im Rahmen der Wortmeldung bei der Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 28. Oktober 2014, auch für die systematische Konsultation von Frauenorganisationen in (Post-)Konfliktländern ein. In der Praxis diverser relevanter VN-Akteure, wie der VN-Hauptabteilung für Friedenserhaltende Operationen (Department of Peacekeeping Operations), der VN-Hauptabteilung für Politische Angelegenheiten (Department of Political Affairs) und UN Women, ist eine fortschreitende Systematisierung von Konsultationen mit Frauenorganisationen im Rahmen von friedenserhaltenden Operationen sowie von VN-begleiteten Friedensprozessen feststellbar, wobei sich Österreich für eine weitere Festigung dieses Trends einsetzt.
- Österreich organisierte am 4. Mai 2014 eine Informationsveranstaltung des VN-Treuhandfonds zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in New York, der diverse Projekte in verschiedenen Weltregionen, die durch den Treuhandfonds unterstützt werden, vorstellte.

- In Kooperation mit Norwegen und dem IPI veranstaltete Österreich am 20. Mai 2014 das Seminar „Protecting Civilians in Peace Operations: Best Practices and Emerging Issues“ in New York. Zu den Teilnehmern des erfolgreichen Seminars zählten u.a. hochrangige Vertreter der NATO sowie des VN-Sekretariats (Hauptabteilung für Friedenserhaltende Operationen).
- Österreich (Delegation von BMEIA und BMBWF) nahm an dem von der britischen Regierung organisierten globalen Gipfeltreffen zur Beendigung von sexueller Gewalt in Konflikten von 10.-13. Juni 2014 in London teil und unterstützte das im Zuge dieser Konferenz verlautbarte Statement of Action.
- Österreich veranstaltete gemeinsam mit Südafrika am 23. Juni 2014 in New York eine Podiumsdiskussion zum Thema Zugang zu Justiz für Frauen, unter Beteiligung der österr. Kandidatin für das CEDAW-Komitee, Dr. Lilian Hofmeister und UN Women, wo auch die oft besonders prekäre Situation von Frauen in Konflikt und Post-Konfliktsituationen thematisiert wurde.
- Am 24. Juni 2014 wurde die österreichische Kandidatin für das CEDAW-Komitee, Dr. Lilian Hofmeister, mit der zweithöchsten Stimmenanzahl als Expertin in den VN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau gewählt.
- Im Rahmen der Verhandlungen in der Offenen Arbeitsgruppe zu den Nachhaltigkeitszielen, die in New York mehrfach bis zum Juli 2014 tagte, setzte sich Österreich stark für ein eigenes Nachhaltigkeitsziel zu Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen in der neuen Post-2015 Entwicklungsagenda sowie für die Berücksichtigung von Gender-Aspekten auch bei den anderen Nachhaltigkeitszielen ein. Österreich betonte wiederholt die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Rolle von Frauen in Friedensprozessen im Rahmen dieser Verhandlungen.
- Im Rahmen der 68. Tagung der VN-GV 2013 beteiligte sich Österreich im Rahmen der EU an den Verhandlungen zur Resolution zum Thema „The girl child“, die auch auf die besonderen Bedürfnisse von Mädchen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen eingeht. Österreich hat diese Resolution miteingebracht.
- Im Rahmen der Verhandlungen zur Resolution des 3. Komitees (Menschenrechte) der 69. VN-GV zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen setzte sich Österreich aktiv und erfolgreich für die adäquate Verankerung der Rolle von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen ein. Österreich hat diese Resolution miteingebracht.
- Im Rahmen des 1. Komitees der 69. VN-GV (Abrüstung und internationale Sicherheit) forderte Österreich die gleichwertige Einbindung von Frauen und Männern in alle Entscheidungsprozesse in den Bereichen Abrüstung, Non-Proliferation und Waffenkontrolle sowie eine stärkere Berücksichtigung der Auswirkungen von bewaffneten Konflikten und Waffengewalt auf Frauen und Kinder ein. Als Miteinbringer der Resolution „Women, Disarmament, Non-Proliferation and Arms Control“ unterstützte Österreich eine Stärkung der Resolution, einschließlich der Neuaufnahme von Referenzen zum internationalen Waffenhandelsvertrag betreffend gender-spezifische Gewalt (u.a. als Prüfkriterium für Exportgenehmigungen) bzw. Gewalt gegen Frauen und Kinder.

- Im Rahmen der Paneldiskussionen der 26. Sitzung des VN-Menschenrechtsrates in Genf (Juni 2014) zu Frauenrechten und der Post-2015 Agenda forderte Österreich ein eigenständiges Ziel zu Geschlechtergleichheit und Frauenrechten in der Post-2015 Entwicklungsagenda sowie verstärkte Bemühungen zur Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen. Außerdem beteiligte sich Ö. im Juni und September 2014 an weiteren Diskussionen zu Frauenrechten, u.a. zu weiblicher Genitalverstümmelung sowie zur Sicherstellung einer Gender-Perspektive in der Arbeit des Menschenrechtsrates. Weiters organisierte Österreich im Juni 2014 ein Side Event zu Menschenhandel, das auch die Ausbeutung von Frauen behandelte.
- Österreich unterstützte folgende einschlägige Resolutionen im Menschenrechtsrat als Miteinbringer: zur Beendigung der Diskriminierung von Frauen in Gesetzgebung und Praxis (Juni 2014; Schwerpunkt war die Diskriminierung von Frauen im wirtschaftlichen und sozialen Leben), zur Verlängerung des Mandats der Sonderberichterstatterin zu Menschenhandel (Juni 2014), zur Abhaltung einer Paneldiskussion zum Recht auf Bildung für Mädchen (September 2014), zu weiblicher Genitalverstümmelung (September 2014) sowie zur politischen Teilhabe (September 2014; die Resolution ruft MS u.a. zu proaktiven Maßnahmen für eine vollwertige Teilhabe von Frauen am politischen und öffentlichen Leben auf). Weiters beteiligte sich Österreich aktiv an den Verhandlungen zur Resolution zu Gewalt gegen Frauen (Juni 2014) und zur Bekämpfung der Müttersterblichkeit (September 2014).
- Im Rahmen der Universal Periodic Review des Menschenrechtsrates spricht Österreich regelmäßig Empfehlungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, der stärkeren politischen Teilhabe von Frauen und der Beendigung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen aus (etwa Iran/Oktober 2014; Bolivien/Oktober 2014; Albanien/April 2014; Afghanistan/Jänner 2014).
- Im Zuge der Verhandlungen zu diversen Länderresolutionen im VN-Menschenrechtsrat, insbesondere jenen zu Syrien, unterstützte Österreich fortlaufend die Aufnahme von Verweisen zur Umsetzung von Resolution 1325 (Schutz von Frauen vor Gewalt, Förderung der politischen Partizipation).
- Im Rahmen der Anti-Personenminenkonvention setzte sich Österreich als Ko-Vorsitz für Opferhilfe 2013/2014 aktiv für die Rechte von Opfern – mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Rechte von Frauen und Kindern, welche auch im Maputo-Aktionsplan 2014-2019 verankert wurden – ein. Österreich setzte darüber hinaus seine Unterstützung für einen breiten, holistischen Ansatz zu Opferhilfe in der humanitären Abrüstung fort, welcher die stärkere Thematisierung der Rechte von Opfern bewaffneter Konflikte und bewaffneter Gewalt fordert.
- Um die Übermittlung nationaler Daten in Bezug auf die VN-Indikatoren zur Umsetzung der Resolution 1325 wurde im Berichtszeitraum seitens der VN nicht ersucht.

BMEIA/BMBF/BMLVS/ADA:

- Im Beobachtungszeitraum bereitete Österreich in enger Kooperation mit UN Women ein internationales Symposium zum Thema „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ vor, das der Frage der Umsetzung von VN-SR Resolution 1325 (2000) gewidmet war und schließlich im November 2014 in Wien stattfand. Das Symposium wurde in Kooperation des BMEIA, des BMLVS, des BMBF, des BKA und der ADA mit dem Büro der Nationalratspräsidentin, dem Bruno Kreisky Forum, dem International Peace Institute, der Diplomatischen Akademie Wien und dem UN Women Nationalkomitee vorbereitet. Ziel des Symposiums war es, einen inhaltlichen Beitrag zu der vom VN-Generalsekretär in Auftrag gegebenen Globalen Studie zum 15-jährigen Jubiläum der Resolution 1325 (Oktober 2015), sowie zum „Peking+20“-Prozess (globale Überprüfung der Umsetzung des Pekinger Erklärung und Aktionsplattform aus 1995) zu leisten. Detaillierte Informationen über Ablauf und Ergebnisse des Symposiums werden im Hinblick auf den Beobachtungszeitraum im 7. Umsetzungsbericht enthalten sein.

2.2. Europäische Union

BMEIA:

- Der unter aktiver Mitarbeit von Österreich erstellte zweite Indikatoren-Bericht der EU zum umfassenden Ansatz der EU zur Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 (Zeitraum Oktober 2010 – Dezember 2012) wurde im Jänner 2014 vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU (PSK) angenommen.
- Österreich ist aktives Mitglied in der EU Task Force 1325, welche von der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte (COHOM) eingerichtet wurde, und nahm regelmäßig an deren Sitzungen in Brüssel teil. Die Sitzungen der EU Task Force 1325 im Beobachtungszeitraum waren u.a. Fragen der Implementierung der Resolution 1325 im Rahmen des EU-Krisenmanagements gewidmet.
- Österreich beteiligte sich weiters aktiv durch zwei Panelpräsentationen am 5. Jahrestreffen der EU Mitgliedstaaten zur Resolution 1325 (EU Member States annual seminar on UNSCR 1325) am 4. Juli 2014 in Brüssel. Das Treffen, an dem neben VertreterInnen der EU und der EU-Mitgliedstaaten auch VertreterInnen anderer internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft teilnahmen, war den Themen 'Linking post-2015 to women, peace and security' und '15 years of UNSCR 1325 – looking ahead to 2015' gewidmet.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU/regionalen Ratsarbeitsgruppen setzte sich Österreich laufend für die Berücksichtigung der Situation von Frauen in Konfliktsituation sowie für deren verstärkte Einbindung in Friedensgespräche ein.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzte sich Österreich dafür ein, dass bei allen GSVP-Missionen/Operationen, das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit eine größere Bedeutung eingeräumt wird und dass bei Missionen, die die Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung zum Inhalt haben, dieses Thema auch in den Ausbildungsplänen berücksichtigt wird. Darüber hinaus hat Österreich in dem jährlich im Rahmen des

European Security and Defence College (ESDC) organisierten Kurses für die strategische Planung ziviler Missionen dem Thema ein eigenes Segment im Programm zugewiesen.

- Österreich beteiligte sich im Beobachtungszeitraum aktiv an der Überarbeitung der Grundlagendokumente der EU zur Umsetzung von VN-Sicherheitsratsresolutionen im Bereich „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Kontext von GSVP-Missionen/Operationen (insbesondere im Rahmen des durch den Europäischen Rat vom Dezember 2013 zu Sicherheit und Verteidigung lancierten Prozesses). Weiters brachte sich Österreich laufend in die Debatte zum Thema Mainstreaming von Menschenrechten, Schutz von Zivilisten, humanitärem Völkerrecht und Gender Equality in GSVP-Missionen/Operationen, unter besonderer Berücksichtigung der Resolution 1325, ein. Österreich sprach das Thema zudem bei der Diskussion von konkreten GSVP-Mandaten, bei den regelmäßigen Berichten von GSVP-Missionen/Operationen sowie bei horizontalen GSVP-Diskussionen an. Während bei der Berichterstattung über gender-relevante Aspekte in GSVP-Missionen/Operationen Fortschritte zu beobachten sind, besteht in Teilaspekten weiterhin erheblicher Verbesserungsbedarf, weshalb sich Österreich kontinuierlich für eine systematische Berichterstattung zu gender-relevanten Aspekten einsetzt.
- An der Ausarbeitung der im Juni 2014 angenommenen EU-Ratsschlussfolgerungen zu Gewalt gegen Frauen hat sich Österreich aktiv beteiligt.

2.3 OSZE

BMEIA:

- Österreich unterstützt die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen Gender Advisors an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen.
- Österreich setzt sich weiterhin für eine Verbesserung der Umsetzung von Resolution 1325 im Rahmen der OSZE ein. Österreich hat bereits i.J. 2012 eine gemeinsame Initiative mit Finnland, der Türkei und Kasachstan zu einem OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von VN-SR-Resolution 1325 eingebracht. Der Entwurf des Aktionsplans sieht erstens das „Mainstreaming“ des Inhalts der Resolution in sämtliche relevante Arbeitsbereiche der OSZE und zweitens die Ausarbeitung von nationalen Umsetzungsmaßnahmen von teilnehmenden Staaten vor. Trotz breiter Unterstützung konnte aufgrund des Widerstandes der Russischen Föderation bisher kein Konsens erreicht werden. Österreich nimmt in Aussicht, seine Bemühungen fortzusetzen, auch im Hinblick auf das 20jährige bzw. 15jährige Jubiläum der Annahme der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform sowie der Resolution 1325 im Jahr 2015.

BMLVS/BMEIA:

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Jahr 2014 am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung der Resolution 1325 teilgenommen.

2.4. NATO/EAPC/PfP

BMEIA/BMLVS:

- Im Mai 2012 wurde im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden das Partnerschaftsziel (PG) 4590 „Gender Perspective“ durch Österreich angenommen. Seit Annahme dieses Zieles bemüht sich Österreich, die formulierten Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325 im Zuge von NATO-geführten Missionen und Operationen zu erreichen. Bis Oktober 2013 stellte Österreich zudem den Gender Field Advisor bei der NATO-geführten Operation KFOR im Kosovo. Nach Besetzung dieser Position durch eine Gender-Expertin aus Schweden im Jahr 2014 wird mit 2015 der Gender Field Advisor bei KFOR erneut durch Österreich gestellt.
- Im Anschluss an das NATO-Verteidigungsministertreffen (im ISAF-Format) am 23. Oktober 2013 unterzeichnete Österreich einen von Norwegen initiierten Brief an den NATO-GS mit, worin dieser aufgerufen wurde, die verschiedenen Politiken der NATO betreffend Resolution 1325 in eine neue straffere Form zu bringen, die die praktische Umsetzung erleichtern sollte.
- Das österreichische Engagement zur Umsetzung der Resolution 1325 im Rahmen der NATO konzentrierte sich im Beobachtungszeitraum in weiterer Folge auf die Mitwirkung an der Überarbeitung der NATO/EAPC Grundsatzpolitik zur Implementierung der Resolution 1325 und dem sich davon ableitenden Aktionsplan. Österreich konnte dabei auch mit Erfolg Aspekte des Schutzes von ZivilistInnen einbringen und eine Berücksichtigung des besonderen Schutzbedürfnisses von Frauen und Mädchen in Rahmen von Ausbildung, Training und Übungen sowie in der Entwicklung von Ausbildungscurricula erwirken. Dieser Ansatz spiegelt sich nun sowohl in der Grundsatzpolitik als auch in der im NATO/EAPC-Aktionsplan vorgesehenen Entwicklung von entsprechenden Maßnahmen wieder. Die überarbeitete Grundsatzpolitik wurde Anfang April 2014 von den NATO-Außenministern angenommen; der neue Aktionsplan wurde Ende Juni 2014 von den NATO-Außenministern indossiert.
- Zur Fortsetzung der österreichischen Bemühungen zum Schutz von ZivilistInnen wurde im Jahr 2014 auf Vorschlag Österreichs im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden weiters das Partnerschaftsziel (PG) 0014 „Protection of Civilians“ angenommen. Neben den dort formulierten Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1894 im Zuge von NATO-geführten Missionen und Operationen setzte sich Österreich auch im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Tiger Team Treffen (Treffen gleichgesinnter Nationen) in Brüssel für eine stärkere Berücksichtigung des Schutzes von ZivilistInnen ein. In diesem Rahmen wurden u.a. Diskussionsrunden mit internationalen ExpertInnen abgehalten, so etwa mit einer Vertreterin der in Washington angesiedelten NGO Civilians in Conflict. In Kooperation mit Norwegen und dem IPI konnte am 20. Mai 2014 das Seminar

„Protecting Civilians in Peace Operations: Best Practices and Emerging Issues“ in New York realisiert werden. Zu den Teilnehmern des erfolgreichen Seminars zählten u.a. hochrangige Vertreter der NATO sowie des VN-Sekretariats (Abteilung für Friedenserhaltende Operationen).

- Des Weiteren brachte sich Österreich im Beobachtungszeitraum aktiv in die Diskussionen bei verschiedenen NATO-Treffen mit hochrangigen VN-Vertretern zu Resolution 1325 und verwandten Themen ein.

BMLVS:

- Österreich nimmt regelmäßig an den Sitzungen des NATO Komitees zu Gender-Perspektiven (NCGP) teil. Dieses seitens der NATO ständig eingerichtete Gremium dient der Beratung der Führung der Allianz und der Mitgliedsnationen in allen Fragen der Beschäftigung, Ausbildung und Verwendung von Frauen in den Streitkräften. Im Rahmen einer umfassenden Strategieentwicklung wurde dabei auch die Umsetzung der Resolution 1325 als wesentliche Priorität definiert.

2.5. Bilaterale Kontakte

BMEIA:

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische VertreterInnen regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein - so zum Beispiel im Rahmen des Besuchs von Außenminister Sebastian Kurz in Armenien, Aserbeidschan und Georgien im September 2014.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten, liegt diesem Bericht als Anhang 2 bei.
- Aufgrund der Entwicklungen in bestimmten Regionen – wie z.B. der syrischen Flüchtlingskrise und der sich latent verschlechternden Sicherheitslage in der Nahost-Region – erwies es sich für die betroffenen österreichischen Botschaften zum Teil deutlich schwieriger als in den vorhergehenden Jahren, mit frauenspezifischen Fragen und Gesichtspunkten sowie entsprechenden Botschaften im öffentlichen Diskurs des Empfangsstaates durchzudringen.
- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten, als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. Universal Periodic Review des VN-Menschenrechtsrates) fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. CEDAW, Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.
- Im ersten Quartal 2014 setzte Österreich im Rahmen des österreichischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats in Kooperation mit der Türkei eine gemeinsame Initiative zur Steigerung des Ratifikationsstandes und Beschleunigung des Inkrafttretens der Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und

häuslicher Gewalt. In deren Rahmen wurde ein gemeinsamer Brief von HBM Kurz und seinem türkischen Amtskollegen Davutoglu an die AußenministerInnen aller jener Mitgliedstaaten des Europarats gerichtet, die die Konvention noch nicht ratifiziert hatten. Nach dem Inkrafttreten der Konvention im August 2014 setzte sich Österreich für die rasche Ausarbeitung der Wahlregeln für das GREVIO-Komitee ein, das die Umsetzung der Konvention überwachen wird.

- Zur Umsetzung des österreichischen Angebots, Partnerländer bei der Ausarbeitung eigener nationaler Aktionspläne zu unterstützen, wurden Sondierungen mit einzelnen Ländern, zum Beispiel in der Balkanregion, fortgesetzt. Dabei zeigte sich jedoch, dass die in Frage stehenden Partnerländer /Schwerpunktländer der OEZA letztlich (noch) nicht die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans in Aussicht nehmen wollten. Das österreichische Engagement verlagerte sich daher verstärkt auf die Förderung der effektiven Umsetzung bereits bestehender nationaler Aktionspläne von Partnerländern, insbesondere durch die Förderung lokaler Umsetzungspläne auf Gemeindeebene („Lokalisierung“ von Aktionsplänen). Siehe dazu auch unter Punkt 3.2. Unterstützung des regionalen Programmes des Global Network of Women Peacebuilders (GNWP) zur verbesserten Umsetzung von UNSCR 1325 in Kenia, Südsudan und Uganda.

BMLVS:

- Seitens des BMLVS wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnern angesprochen.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

3.1. Unterstützung von Projekten und Programmen von regionalen und internationalen Organisationen

BMEIA:

Die Budgetlinie des BMEIA zur Unterstützung von UN Women wurde im Beobachtungszeitraum – ebenso wie in den Vorjahren – neben der Leistung eines finanziellen Beitrags zum Kernbudget von UN Women zur Gänze für die Finanzierung von Beiträgen und Projekten zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 sowie zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt an Frauen verwendet. Im Detail sind für den Beobachtungszeitraum folgende Beiträge aus dieser Budgetlinie anzuführen:

- Finanzieller Beitrag zum Kernbudget von UN Women in der Höhe von EUR 250.000 (2014).

- Finanzieller Beitrag zum Projekt von UN Women in Brasilien „Model Protocol on Femicide/gender related killings“ in der Höhe von EUR 80.000,- im Rahmen des UN Global Programme on Access to Justice for Women (2013-2014).
- Finanzieller Beitrag in der Höhe von EUR 72.000,- zu der vom VN-Generalsekretär in Auftrag gegebenen Globalen Studie zur Frage der Umsetzung der Resolution 1325 zum 15-jährigen Jubiläum der Annahme der Resolution im Oktober 2015 (2014).
- Bis Ende 2013 unterstützte Österreich weiters das Projekt von UN Women „Supporting the implementation of Security Council Resolution 1325 (2000)“ in Kirgisistan mit einem Beitrag in der Höhe von EUR 80.000 (2012).
- Die österreichische Unterstützung für das Projekt von UN Women „From Communities to Global Institutions: Engaging Women in Building Peace and Security“ wurde bis 31. Dezember 2013 verlängert und trug zur Überprüfung und Implementierung von Nationalen Aktionsplänen zu Frauen, Frieden und Sicherheit vor allem am Westbalkan bei. Österreich unterstützte das Projekt mit einem Beitrag in der Höhe von EUR 100.000 (2011).

Weiters wurden im Beobachtungszeitraum u.a. auch folgende relevante Leistungen finanziert:

- Die überarbeitete zweite Auflage der vom Wiener Verbindungsbüro der NGO Academic Council of the United Nations System (ACUNS) herausgegebenen Publikation „Femicide: A Global Issue that Demands Action“ wurde im Jahr 2014 vom BMEIA mit einem Betrag in der Höhe von EUR 1.200 unterstützt.
- Eine weibliche Delegation der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich vertrat Österreich beim internationalen Frauenfriedenskongress in Oran, Algerien, 28.-30. Oktober 2014, der sich mit der Rolle von muslimischen Frauen in Friedensprozessen beschäftigte und eine entsprechende Erklärung annahm. Die Reise der Delegation wurde vom BMEIA finanziert.

3.2. Unterstützung von Projekten und Programmen in fragilen Staaten, Konflikt- und Postkonfliktsituationen

ADA:

Generell unterstützt die OEZA eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches Gender-Mainstreaming, sowie durch gezielte Maßnahmen zum Empowerment von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den Partnerländern zu bewerten sind. Im Jahr 2013 lag der Anteil der Projekte und Programme, die mit OECD Gendermarker 1 oder 2 bewertet wurden, bei 65%⁵.

⁵ Das BMEIA strebt für die OEZA einen Anteil von 75% der Projekte mit OECD Gendermarker 1 (Gendermainstreaming) oder 2 (spezifisches Gleichstellungsziel) an, der als strategische Vorgabe im Rahmen des Gender Budgetings festgelegt wurde.

Darüber hinaus sind folgende Projekte und Programme spezifisch dem Bereich „Frauen, Frieden und Sicherheit“ zuordenbar:

Partizipation:

- **Finanzierung des Rahmenprogramms CARE Österreich zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen:** „Rechte fordern – Gleichstellung fördern: Frauenermächtigung und männliches Engagement für Transformation der Genderrollen in post-konflikt und von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Regionen (Äthiopien, Nepal, Uganda). Die drei länderübergreifenden Resultatebenen sind: (1) Auf der individuellen Ebene (AGENCY): Frauen haben gleichgestellten Zugang und Kontrolle über Produktionsmittel, um ihre Existenz zu sichern. (2) Auf gesellschaftlicher Ebene (RELATIONS): Transformation von sozio-kulturellen Normen, Beziehungen und Verhalten von Frauen, Männern, Mädchen und Burschen für Geschlechtergleichstellung. (3) Bedeutungsvolle Repräsentation und Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen. In Nepal und Uganda wird die erfolgreiche Arbeit zur Frauenermächtigung in post-konflikt Gebieten zur Implementierung von Resolution 1325 und 1820 in einem holistischen Ansatz weitergeführt. Unterstützung in Höhe von EUR 2.500.000 (2013- 2015).
- Unterstützung des regionalen Programmes des **Global Network of Women Peacebuilders (GNWP)** zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 in **Kenya, Südsudan und Uganda**. Durch die Unterstützung der partizipativen Entwicklung von NAPs und/oder lokaler Umsetzungspläne auf Gemeindeebene soll die Resolution auf nationaler Ebene umgesetzt und durch Einbringen der Erfahrungen und Lessons Learnt auf regionaler und internationaler Ebene die internationale Frauen, Friede und Sicherheits-Agenda positiv beeinflusst werden. Unterstützung in Höhe von EUR 350.000 (2014-2016)
- **Gender Capital for Peace Recovery and Development Plan (PRDP) Implementation in Northern Uganda:** Unterstützung der lokalen Bevölkerung für eine stärkere gendergerechte Einbindung in die lokale Politik und Verwaltung in Norduganda als wesentlicher Beitrag zur Umsetzung des Friedens-, Wiederaufbau- und Entwicklungsplans für Norduganda. Das Projekt wendet sich gezielt an Frauen, die als gewählte Vertreterinnen oder als technische Fachkräfte die lokale Politik und Verwaltung von vier Distrikten in Norduganda gendergerecht mitgestalten möchten. Das Projekt ist ein wichtiger Beitrag zu Resolution 1325 und Folgeresolutionen sowie auch zur Erreichung des Millennium Entwicklungsziels 3 „Gender Equality and Women Empowerment“. Unterstützung in Höhe von EUR 299.308 (Zweite Projektphase: 2012-2014; Projektpartner: Uganda Women’s Network).
- **Förderung und Unterstützung des Women, Gender and Development Direktorates der Kommission der Afrikanischen Union** in ihren Bestrebungen die Resolution 1325 und Folgeresolutionen umzusetzen. Damit unterstützt die OEZA sowohl die Strategie als auch den Aktionsplan der Kommission der Afrikanischen Union zur Geschlechtergleichstellung mit einem besonderen Augenmerk auf die Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen. Unterstützung in Höhe von EUR 200.000 (2012-2014)

- **Unterstützung des „Gender, Peace and Security“ Programms der Afrikanischen Union** in der Entwicklung effektiver Mechanismen und Strategien zur Umsetzung der Aktionspläne und Maßnahmen der AU zur Geschlechtergleichstellung sowie zur Stärkung von Frauen in Friedensprozessen. Besonderes Augenmerk wird auf die Umsetzung der Resolution 2122 gelegt, die die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Konfliktvermeidung und Konfliktlösung ihren Bestrebungen vorsieht. Unterstützung in Höhe von EUR 1.000.000 (2013-2015)
- **Unterstützung bei der Implementierung des Gender Action Plans in Bosnien und Herzegowina**, einer 5-Jahres-Strategie zum Gender-Mainstreaming in 15 verschiedenen Bereichen u.a. mit dem Ziel der Förderung von Frauen in politischen Positionen auf allen Ebenen. Die folgenden Ergebnisse (1) mehr Frauen in der Politik und in stärkeren Positionen, (2) verbesserte wirtschaftliche Lage mit Schwerpunkt Zugang zum Arbeitsmarkt und (3) verbesserte soziale Stellung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen mit Schwerpunkt auf verminderte Gewalt, der sozialen und kulturellen Rollen von Männern und Frauen, Bildung und Gesundheit werden verfolgt. Unterstützung in Höhe von EUR 1.000.000 (2009-2014).
- **Förderung von AktivistInnen für einen gerechten Frieden und Geschlechtergerechtigkeit in den palästinensischen Gebieten.** Ziel des CARE Projekts ist es, zu besseren Voraussetzungen für einen fairen und nachhaltigen Friedensprozess beizutragen, indem der soziale und politische Einfluss der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, in den palästinensischen Gebieten gestärkt wird. Unterstützung in Höhe von EUR 167.300 (2013-2015)

Prävention:

- Im Rahmen eines Vorhabens zur **Stärkung der Konfliktpräventionspolitik der ECOWAS** unterstützt WANEP (West Africa Network for Peacebuilding) u.a. Mitgliedsstaaten der ECOWAS in der Ausarbeitung eines eigenen NAP 1325 und stärkt durch Trainings und mit eigens dafür entwickelten Unterlagen die Rolle der Frauen in Friedensprozessen (Mediation, Dialog, Wahlmanagement...). Unterstützung in Höhe von EUR 500.000 (2013-2015)

Schutz, Sicherheit und Menschenrechte:

- Finanzierung des **Rahmenprogramms CARE Österreich zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen:** „Rechte fordern – Gleichstellung fördern: Frauenermächtigung und männliches Engagement für Transformation der Genderrollen in post-konflikt und chronisch von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Regionen (Äthiopien, Nepal, Uganda) Förderung und Unterstützung für eine stärkere Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen. Unterstützung in Höhe von EUR 2.500.000 (siehe oben).

- **Beitrag zum Strategischen Investment Plan (SIP) III des Justice, Law and Order Sector in Uganda:** Das Ziel des SIP III ist es, die Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Justizsystem zu verbessern. Im Detail werden (1) policy und legislative Massnahmen gefördert, (2) der Zugang zu Dienstleistungen für besonders vulnerable Gruppen unterstützt und (3) die Beachtung und Verwirklichung der Menschenrechte sowie der Rechenschaftspflicht gefördert. Der SIP III beinhaltet Geschlechtergerechtigkeit, Gerechtigkeit für Kinder, Übergangsjustiz und HIV/AIDS als Schwerpunkte. Unterstützung in Höhe von EUR 6.000.000 (2012-2015).
- Die OEZA trägt in **Uganda** neben 7 weiteren europäischen Gebern zur **Democratic Governance Facility (DGF)** bei, die durch eine koordinierte Unterstützung nichtstaatlicher und staatlicher ugandischer Akteure die Stärkung der Demokratie zum Ziel hat. Die DGF unterstützt u.a. Projekte zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen, wie zB. die Erstellung und Verbreitung eines Monitoring Plans zu Ugandas Nationalem Aktionsplan zu Resolution 1325 durch das Centre for Women in Governance. Unterstützung in Höhe von EUR 1.700.000 (2011-2016).
- Die Unterstützung eines regionalen **OXFAM** Programmes zielt auf Kapazitätenstärkung von Organisationen des Afrikanischen Frauennetzwerkes SOAWR in ihrem Engagement mit der Afrikanischen Union ab. Eine Grundlage dafür wird durch eine Studie zur Ermittlung der durch Konflikte entstehenden sozialen, ökonomischen und wirtschaftlichen Kosten geschaffen, deren Verbreitung nicht zuletzt zur Entwicklung von verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen und Politiken zur Bekämpfung von Geschlechter-basierter Gewalt in Nigeria, Ägypten und im Südsudan beitragen soll. Unterstützung in Höhe von EUR 825.000 (2014-2016).

Anhang 1: Presseaussendungen des BMEIA

25.11.2013: **Spindelegger: "Neue Maßstäbe im Kampf gegen Gewalt an Frauen setzen"**

14.11.2013: **Spindelegger: „Österreich ratifiziert Konvention gegen Gewalt gegen Frauen“** – Utl. Spindelegger anlässlich der Übernahme des Vorsitzes im Europarat in Strassburg.

12.02.2014: **Kurz: "Unfassbares Leiden von Kindern in bewaffneten Konflikten muss ein Ende haben!"** – Utl. Außenminister Sebastian Kurz anlässlich des Internationalen Tages gegen den Einsatz von KindersoldatInnen

21.06.2014: **Kurz: „Gedenken an die große österreichische Friedensaktivistin Bertha von Suttner“**

01.09.2014: **Kurz: „Die internationale Gemeinschaft darf nicht tatenlos zusehen“** – Utl. UNO-Menschenrechtsrat verurteilt Menschenrechtsverletzungen im Irak auf das Schärfste

Anhang 2: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

ÖB Addis Abeba:

- Im Rahmen einer Round Table Diskussion in der Afrikanischen Union am 11.11.2013 unter dem Vorsitz von Botswana sowie unter Beteiligung der Botschafterinnen von Namibia und Brasilien referierte die österreichische Botschafterin in Addis Abeba, Dr. Gudrun Graf, u.a. zu den afrikaspezifischen Implementierungsmaßnahmen des österreichischen Aktionsplans zur Resolution 1325.

ÖB Amman:

- Laufender Kontakt der österreichischen Botschafterin in Amman, Dr. Astrid Harz, mit jordanischen Frauen(rechts)organisationen, AktivistInnen und VertreterInnen von Establishment und Zivilgesellschaft mit dem Ziel, einen Beitrag zur Stärkung der Frauen und ihrer Rechte zu leisten. Regelmäßige Vorträge und Beiträge zu Diskussionsveranstaltungen an Universitäten und Schulen wurden fortgesetzt. Aufgrund der Entwicklungen in Jordanien und der Region im Beobachtungszeitraum – v.a. die syrische Flüchtlingskrise und die sich latent verschlechternde Sicherheitslage – gestaltete es sich jedoch deutlich schwieriger als in den vorhergehenden Jahren, mit frauenspezifischen Fragen und Gesichtspunkten sowie entsprechenden Botschaften – etwa in jordanischen Medien – durchzudringen.

ÖB Astana:

- Im Rahmen der von der OSZE und UN-WOMEN organisierten Konferenz „Enhancing the Women, Peace and Security Agenda in the Euro-Atlantic and Eurasian Region“ vom 11.-12. November 2013 in Almaty präsentierte der österreichische Botschafter in Kasachstan, Dr. Wolfgang Banyai, den österreichischen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325.

ÖB Beirut:

- Teilnahme der österreichischen Botschafterin in Beirut, Dr. Ursula Fahringer, als Panel-Sprecherin an einer von der EU-Delegation an der Beirut Arab University organisierten Diskussion zum Thema Frauenrechte am 3.12.2013.
- Teilnahme an der Charter Ceremony des Zonta Club Beirut for Advancing the Status of Women Worldwide am 15.2.2014.
- Teilnahme an der jährlich von der May Chidiac Foundation veranstalteten internationalen Konferenz „Women on Front Lines“ in Beirut am 3.3.2014.
- Am 20.3.2014 lud Botschafterin Dr. Ursula Fahringer die 17 in Beirut residenten Missionschefinnen zu einem Mittagessen, bei dem die neue Direktorin des Carnegie Middle East Center, Dr. Lina Khatib, als Gastrednerin fungierte.

- Besuch von Botschafterin Dr. Fahringer und Mitarbeitern, gemeinsam mit der Präsidentin von SOS-Kinderdorf Libanon, Dr. Afifa Dirani Arsanios, im SOS-Kinderdorf in Kfarhay am 7.4.2014.
- Besuch von Botschafterin Dr. Fahringer in dem von der CARITAS Salzburg unterstützten CARITAS Frauen-Shelter in Rayfoun bei Beirut am 11.6.2014.
- Teilnahme von Botschaftssekretär Glatzl an der Verleihung des North-South Preises 2013 des Europarates an die Libanesin Suzanne Jabbour in Beirut am 25.6.2013.
- Die auf Anregung der österreichischen Botschaft in Beirut erfolgte Nominierung der Organisation National Institution of Social Care and Vocational Training unter der Leitung von Rania Karatbil für den Intercultural Award erzielte den sechsten Preis (3.000,-- Euro).

ÖB Bern:

- Die Österreichische Botschaft Bern/Österreichisches Kulturforum Bern organisierte gemeinsam mit dem Kanton Aargau eine Diskussionsveranstaltung unter dem Titel: „Frauen in der Öffentlichkeit – von Franziska Romana bis heute“ im Rahmen der Reihe „Aargau/Österreich 1814-2014“, am 17.10.2014 im Schloss Hallwyl, Seengen. Dabei diskutierten die österreichische Botschafterin in Paris, Dr. Ursula Plassnik, die Ständerätin und ehem. Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer Wyss und die Politikphilosophin Dr. Katja Gentinetta, was Öffentlichkeit vor zweihundert Jahren bedeutete und welche Chancen und Risiken sich den Frauen heute stellen. Fragen der politischen Partizipation von Frauen, Mitsprache und Mitwirkung von Frauen in sicherheits- und demokratiepolitischen Fragen sowie der Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen kamen dabei zur Sprache. Insgesamt nahmen ca. 115 Teilnehmerinnen an dieser Veranstaltung teil.

ÖB Caracas:

- Zusammentreffen mit Frauenorganisationen im Rahmen des jährlichen EU-Treffens mit MR-VerteidigerInnen am 20.06.2014. Wichtigste Punkte waren das hohe Ausmaß an Gewalt gegen Frauen und die systematische Straffreiheit sowie der große Nachholbedarf im Hinblick auf eine ausgewogene(re) Repräsentation von Frauen in der öffentlichen Verwaltung. Im zweiten Halbjahr 2014 übernahm die ÖB Caracas als Koordinator der lokalen EU-MR Arbeitsgruppe die Rolle als Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft.

ÖB Delhi:

- Koordinationsrolle der ÖB New Delhi zu Frauenrechten im 8. EU-Indien Menschenrechtsdialog (November 2013): Der 8. EU-Indien Menschenrechtsdialog fand am 27.11.2013 in New Delhi statt. Österreich nahm gemeinsam mit den Niederlanden im Namen der EU zum Thema Schutz der Bedürfnisse und Rechte von Frauen in Indien Stellung.
- Workshop-Unterstützung des ÖKF New Delhi (Juni 2014): Am 13.06.2014 fand in der ÖB New Delhi ein von „Women without Borders“ organisierter Workshop statt. Rund 20 Frauen der „Mewat Mothers School“, nahmen am Trainingsprogramm zur Vorbeugung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus teil.

- Arbeitstreffen mit Frauenrechtsorganisationen in Jharkhand (November 2014): Im Rahmen eines von der EU organisierten Arbeitsbesuchs in Jharkhand nahm die ÖB New Delhi an einem Austausch mit dem „Adivasi Women’s Network and Gender Resource Centre“ zur Situation von indigenen Frauen in von Naxaliten betroffenen Konfliktgebieten, häusliche Gewalt und Menschenhandel teil.

ÖB Kairo:

- Die Botschaft nimmt im Rahmen der EU-Koordination regelmäßig an Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschl. Frauenorganisationen, teil. Das Thema Frauenrechte bildet einen wichtigen Bestandteil der laufenden Arbeit im Rahmen der EU-Koordination, die u.a. auch eine Aufarbeitung der schwerwiegenden MR-Fälle im Rahmen einer Fall-Database beinhaltet.

ÖB London:

- Teilnahme an der Präsentation des „Cube Movement“ gegen Ausbeutung und neue Sklaverei am 17.10.2013 im House of Lords in Anwesenheit von Innenministerin Theresa May und Baroness Butler-Sloss.
- Pro-Europe-Veranstaltung der Botschaft am 04.03.2014 zum Thema „Is ‚Good Governance‘ in the EU possible?“, zu der als Referentin Frau Dr. Melanie Sully, Leiterin der Go-Governance Initiative und ehem. Professorin an der Diplomatischen Akademie Wien, eingeladen wurde.
- Teilnahme am 07.03.2014 an der Vortrags-Veranstaltung mit Ausstellung der serbischen Botschaft zum Thema „The role of Women in World War I“.
- Teilnahme am Briefing durch den EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte Stavros Lambrinidis am 27.05.2014 mit Schwerpunkt Frauen und „women empowerment“, inklusive der britischen Initiative gegen sexuelle Gewalt an Frauen in bewaffneten Konflikten.
- Teilnahme an einer Round-Table Veranstaltung der Slowakischen Botschaft am 21.05.2014 in London zum Thema Menschenhandel, Ausbeutung und neue Sklaverei.
- Teilnahme am „Girl Summit“ zur Bekämpfung von Kinder- und Zwangsehen und von FGM am 22.07.2014 sowie Unterzeichnung der Erklärung, Tweets und Re-Tweets zu diesem Themenkreis über den Twitter-Account der Botschaft.
- Gespräch mit einem Vertreter der NGO „HEN-Foundation“ am 24.09.2014, die sich auch besonders für das Empowerment von Frauen einsetzt.
- Die Botschaft folgt über ihren Twitter-Account @UN_Women, @UNWomenWatch, @refugeewomen (UNHCR Women and Girls), @WomenforWomen sowie @WomeninWorld, und re-tweetet regelmäßig Tweets zum Empowerment von Frauen.

ÖB Oslo:

- Gemeinsam mit dem türkischen Botschafter erfolgte im norwegischen Außenministerium eine Demarche zur raschen Ratifizierung des EuR-Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) durch Norwegen.
- Die Botschaft leistete finanzielle und organisatorische Unterstützung zu einer Festveranstaltung anlässlich des 100. Todestags von Bertha von Suttner. In einigen Redebeiträgen wurde der Bogen von der ersten weiblichen Friedensnobelpreisträgerin zu Resolution 1325 gespannt.
- Auf Einladung des norwegischen Außenministeriums und der britischen Botschaft nahm Botschafter Dr. Thomas Wunderbaldinger an einer Podiumsdiskussion zum Kampf gegen sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten teil.

ÖB Paris:

- Auf Initiative der frz. Frauenministerin Najat Vallaud-Belkacem und der frz. Gesundheitsministerin Marisol Touraine fand am 9. Dezember 2013 in Paris ein gemeinsam mit dem Europarat (EuR) organisiertes Hearing über den Zugang von Opfern von Gewalt gegen Frauen zur Justiz statt. An der Konferenz nahmen Vertreter aus 40 Mitgliedstaaten des EuR teil. In Vertretung von FBM Gabriele Heinisch-Hosek leitete Botschafterin Dr. Ursula Plassnik die österr. Delegation, der u.a. Richterin Mag. Petra Smutny (BMJ) und Rosa Logar (Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie) angehörten. Botschafterin Dr. Ursula Plassnik gab für den österr. EuR-Vorsitz die Schlusserklärung ab.
- Die von der UNESCO mit Unterstützung der ÖV UNESCO initiierte Studie des „International News Safety Institute“ über die Sicherheit von Journalistinnen wurde am 10. März 2014 veröffentlicht. Sie leistet einen konkreten Beitrag zum Schutz der Frauenrechte und wurde am 10. und 11. März 2014 in Genf und New York präsentiert.
- Botschafterin Dr. Ursula Plassnik überreichte Oberst Christine Poussineau, Verteidigungsattaché an der frz. Botschaft in Wien von 2009 bis 2013, am 11. April 2014 in Paris das große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. In ihrer Rede erläuterte Botschafterin Plassnik die Bedeutung der VN-SR-Resolution 1325 im militärischen Krisenmanagement, den spezifischen Beitrag von Frauen in Führungspositionen im Militär und bei der Polizei sowie die enge österr.-frz. Zusammenarbeit bei diesen Themen.
- Im Rahmen der botschaftseigenen Veranstaltungsreihe „28+“ (Botschafter der EU-MS sowie weiterer europäischer Staaten) organisierte die Botschaft am 16. Mai 2014 im Vorfeld der EP-Wahlen einen Meinungsaustausch zum Thema „Frauen und Europa“ mit Elisabeth Guigou, der Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses der frz. Nationalversammlung.
- Vom 15. bis 18. September 2014 veranstaltete das Kulturforum Paris unter dem Titel „Die Menschheit liebe ich“ eine wissenschaftlich-kulturelle Tagung über die österreichische Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner. Zwanzig ExpertInnen aus den Bereichen Friedensforschung, Politikwissenschaft, Germanistik, Genderforschung und dem Verlagswesen beleuchteten Bertha von Suttner als erste weibliche Nobelpreisträgerin, als

Vordenkerin des vereinten Europas, als Bestsellerautorin, als Integrationsfigur des Pazifismus und als Gegnerin nationalistischer und chauvinistischer Strömungen.

- Im Rahmen des vom BMEIA in Kooperation mit dem BMLVS, BMBF und dem Parlament organisierten Symposium „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ (3.-4. November 2014) sprach Botschafterin Dr. Ursula Plassnik bei der hochrangigen Paneldiskussion im Nationalrat am 3. November zu den aktuellen Herausforderungen bei der Umsetzung von Resolution 1325. Botschafterin Plassnik hielt zudem am 4. November die Eröffnungsrede der Expertentagung und ging dabei auf die Rolle von Frauen in der Konfliktprävention und Konfliktanalyse sowie ihre notwendige Einbeziehung in die Konfliktlösung und den gesellschaftlichen Aussöhnungs- und Wiederaufbauprozess im Anschluss an Konflikte ein.

ÖB Peking:

- Auf Betreiben von Botschafterin Dr. Irene Giner-Reichl beschlossen die EU-Missionschefs in Peking Anfang 2014, den Gender-Schwerpunkt der EU-Arbeit in China zu stärken, was unter anderem mit einer Reihe gemeinsamer Veranstaltungen und im Zuge des EU-China Menschenrechtsdialogs Ende 2014 umgesetzt wurde.
- Im EU-Verbund initiierte Ö einen OpEd Artikel aus Anlass des Internationalen Frauenrechtstages im März 2014 mit dem Titel „Violence against women: Inspire change“, der auch Gewalt gegen Frauen und Partizipation von Frauen in Konfliktsituationen thematisierte und in sechs Medien veröffentlicht wurde. Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Diskriminierung waren die Themen der von Ö federführend organisierten Diskussionsrunden im März, mit der Zivilgesellschaft im April und gemeinsam mit UNWOMEN im Mai. Ö unterstützte auch die Bemühungen von UK, einen Dialog mit China zum Thema Gewalt gegen Frauen in Konfliktsituationen zu etablieren.

ÖB Pristina:

- Der österreichische Botschafter in Pristina, Dr. Johann Brieger, nahm am 26.06.2014 an einer Ausstellung mit Zeichnungen von im Krieg vergewaltigten Frauen teil. Die Ausstellung wurde von der NGO Medica Kosovo Medica Kosovo organisiert, die gynäkologische Versorgung mit psychosomatischer Orientierung für Opfer sexueller Gewalt anbietet.

ÖB Rabat:

- Im Jahr 2014 wurde seitens des BMEIA erstmals der „Intercultural Achievement Award“ vergeben. Über Hinwirken der österreichischen Botschaft in Rabat hat sich die NGO „Fondation Orient – Occident“ (FOO) an diesem Wettbewerb beteiligt und wurde mit einem Anerkennungspreis (Platz 5) prämiert. Die Überreichung des Preises erfolgte in der österreichischen Residenz vor zahlreichem Publikum (Zivilgesellschaft, NGOs, Diplomatie). Die FOO gewährt Frauen, überwiegend solchen aus der Subsahara, die im Zuge von Migrationsbewegungen in Marokko „hängenbleiben“ Erstaufnahme und soziale Unterstützung. Bei den Hilfesuchenden handelt es sich um Opfer der mitunter sehr konfliktträchtigen Migrations- und Ausgrenzungssituation, in welcher sie sich sowohl innerhalb des Migrationskontextes (Traumatisierung nach Flucht, Schutzlosigkeit,

Schlepperei, Menschenhandel) als auch gegenüber den Behörden (kein Rechtsschutz, Willkür, robustes Vorgehen) befinden.

- Auf Initiative der ÖB Rabat traf die Parlamentsabgeordnete Nouzha Skalli (PPS), frühere Frauen- und Sozialministerin und eine der prononciertesten Frauenpolitikerinnen Marokkos, anlässlich eines Aufenthalts in Wien zu einem Gespräch mit Vertreterinnen des BMBF zum Zweck des länderüberschreitenden Networkings von Frauenpolitikerinnen zusammen.

ÖB Sarajewo:

- Der österreichische Botschafter in Sarajewo, Mag. Martin Pammer, nahm an der von UN Women im Herbst 2014 organisierten 16-tägigen Veranstaltungsreihe „Ending violence against women“ mit einer Rede im Eröffnungssegment teil.

ÖB Tel Aviv:

- Im Oktober 2014 wurde in der österreichischen Residenz eine Diskussionsveranstaltung zur Vorstellung des kürzlich erschienen Buches „Zwischen Kamelwolle und Hightech; Starke Frauen in Israel“ von Frau Mag. Daniela Segenreich organisiert.

ÖB Tokio:

- Am 5.12.2013 wurde in der Residenz des österreichischen Botschafters in Tokio, Dr. Dr. Bernhard Zimburg, die Serie der Treffen mit der japanischen Frauengruppe Nadeshiko-kai fortgeführt. Nadeshiko-kai ist eine Frauengruppe bestehend aus ca. 100 Mitgliedern, zur Hälfte Japanerinnen und zur anderen Hälfte Vertreterinnen von ca. 20 weiteren Ländern. Die Gruppe wurde 1952 gegründet, um die Beziehungen zwischen den USA und Japan im Lichte der Nachkriegszeit durch gemeinsame Aktivitäten zu verbessern.
- Im Zuge der Kulturarbeit von ÖB/KF Tokio wurde anlässlich des Gedenkjahres 100 Jahre 1. Weltkrieg eine Japan-Tour des Theaterstücks „Feuerseele“ über Bertha von Suttner, aufgeführt durch die österr. Schauspielerin Maxi Blaha, unterstützt.
- Weiters nahm die ÖB Tokio an folgenden Veranstaltungen im Berichtszeitraum teil:
 - „Yokohama's initiative for empowering women and better childcare“ (20.11.2013), organisiert von der Bürgermeisterin von Yokohama, Fumiko Hayashi. Frau Hayashi zählt zu den wenigen Frauen, die es in Japan zu Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft gebracht haben. Mit der Stadt Yokohama und Frau Hayashi besteht eine regelmäßige Zusammenarbeit seitens der Botschaft.
 - Forum zum Thema „What the world expects from Abe diplomacy: from women's rights perspective“ (08.04.2014), organisiert vom Japan Institute of International Affairs (JIIA), mit Frau Liesl Gertholtz (NGO Human Rights Watch).
 - Workshop und Lunch mit Frauenministerin Masako Mori (*Minister in charge of Support for Women's Empowerment and Child-Rearing*) zum Thema „Womenomics“ (16.07.2014), organisiert vom japanischen *Foreign Correspondents Club*.

ÖB Warschau:

- Treffen der Warschauer Vereinigung der Women Diplomats am 20.01.2014 mit der damaligen Vizepremier- und Regionalministerin Elżbieta Bieńkowska (heute EU-Kommissarin für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs), bei dem sie über ihre Tätigkeit aus Sicht einer weiblichen Politikerin referierte.
- Anlässlich des Europaratsvorsitzes Österreichs (Vorsitz im ER-Ministerkomitee) wurde am 07.04.2014 ein gemeinsames Seminar (ÖB/KF) mit dem Büro der Gleichbehandlungsbeauftragten des Premierministeramtes (jetzt MEP) Agnieszka Kozłowska-Rajewicz zum Thema "Sexismus in der Werbung" veranstaltet. Zentrale Gastrednerin war die Juristin Prof. Elisabeth Holzleitner aus Wien, die Gutachten für das Antisexismus-Panel des österreichischen Werbebeirates erstellt. Dieses österreichische Verfahren wurde bei der Veranstaltung als Best Practice Beispiel präsentiert.
- Teilnahme an einem Gespräch am 25.07.2014 mit MEP Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, bei dem diese eine Bilanz ihrer Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauftragte der polnischen Regierung zog und einen Ausblick auf ihre künftige Tätigkeit im EP gab. Diese Veranstaltung wurde von der kanadischen Botschaft in Warschau organisiert.